



LAND BRANDENBURG

Ministerium der Justiz  
und für Europa  
und Verbraucherschutz

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg | Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter  
des Landes Brandenburg

nachrichtlich:

LAVG

Landesbauernverband Brandenburg e. V.

Schweinezucht- und Produktionsverband Berlin-Brandenburg

Brandenburgische Schweineleistungskontrolle und Spezialberatung e. V.

Hybridschweinezuchtverband Nord/Ost e. V.

Landesverband praktizierender Tierärzte

Landestierärztekammer

MLUL Ref. Tierzucht, Herrn Aust

LELF

PA nur per E-Mail

Heinrich-Mann-Allee 107  
D-14473 Potsdam

Bearbeiter/in: Katharina Mießler  
Telefon: (03 31) 8 66 - 0  
Nebenstelle: +49 331 866-4233  
Fax:  
E-Mail: Katharina.Miessler  
@MdJEV.Brandenburg.de  
Internet: www.mdjev.brandenburg.de  
Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)  
MDJ-V32-2341/2+36#97184/2019

Potsdam, 31. Mai 2019

## Tierschutz

### Aktionsplan Kupierverzicht

„Aktionsplan zur Einhaltung der Rechtsvorschriften in Bezug auf das Schwänzekupieren beim Schwein“ im Land Brandenburg

- Umsetzung des Amputationsverbots nach § 6 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG)

Erlass des Ministeriums der Justiz, für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) des Landes Brandenburg

## 1. Allgemeine Informationen zum „Aktionsplan von Deutschland zur Einhaltung der Rechtsvorschriften in Bezug auf das Schwänzekupieren beim Schwein“ und zur Rechtslage

### Dienstgebäude

Lindenstraße 34a 14467 Potsdam

### Tram-Haltestelle

Alter Markt /Landtag

### Linien

91-93, 96, 98, 99

Die Europäische Kommission hat die Bundesrepublik Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten im November 2017 aufgefordert, einen Aktionsplan zur Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften vorzulegen, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrollen in Bezug auf die Verhütung von Schwanzbeißen und die Vermeidung des Schwanzkupierens verbindlich festgelegt werden. Mit diesen Maßnahmen sollte bis Ende 2018 vollständig EU-Recht eingehalten werden können und die Wirtschaftsbeteiligten sollten in die Lage versetzt werden, einen echten Wandel zu vollziehen. Zudem hat die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (DG Sante) der Europäischen Kommission im Februar 2018 ein Audit in Deutschland durchgeführt, Mängel festgestellt und Empfehlungen gegeben.

Die wesentlichen tierschutzrechtlichen Regelungen zum Schwänzekupieren beim Schwein ergeben sich aus § 6 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, ber. S. 1313) sowie der Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. L 47 vom 18.2.2009, S. 5) und der Empfehlung (EU) 2016/336 der Kommission vom 8. März 2016 zur Anwendung der Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen im Hinblick auf die Verringerung der Notwendigkeit, den Schwanz zu kupieren (ABl. L 62 vom 9.3.2016, S. 20).

Aus diesen ergibt sich folgende Rechtslage:

Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3 TierSchG darf bei unter vier Tage alten Ferkeln der Schwanz gekürzt werden, wenn der Eingriff im Einzelfall für die vorgesehene Nutzung des Tieres zu dessen Schutz oder zum Schutz anderer Tiere unerlässlich ist. Nach § 6 Abs. 5 TierSchG ist der zuständigen Behörde auf Verlangen die Unerlässlichkeit glaubhaft nachzuweisen. Nach der amtlichen Begründung (DS 10/3158, S. 21) wollte der Gesetzgeber mit der Einfügung des Begriffs der Unerlässlichkeit klarstellen, dass Tiere nicht durch Vornahme einer Amputation einem vielleicht aus betriebswirtschaftlichen Gründen zweckmäßigen Haltungssystem angepasst werden dürfen, sondern dass mit Vorrang die Haltungsbedingungen geändert werden müssen.

Anhang I Kapitel I Nr. 8 der Richtlinie 2008/120/EG sieht zudem vor, dass ein Kupieren der Schwänze nur dann durchgeführt werden darf, wenn nachgewiesen werden kann, dass Verletzungen an anderen Schweine entstanden sind. Bevor solche Eingriffe vorgenommen werden, sind andere Maßnahmen zu treffen, um Schwanzbeißen und andere Verhaltensstörungen zu vermeiden.

Die Empfehlung (EU) 2016/336 verlangt in der Nummer 2 a, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Landwirte eine Risikobewertung in Bezug auf das Auftreten von Schwanzbeißen durchführen, die sich auf tier- und nicht tierbasierte Indikatoren stützt („Risikobewertung“). Nach der Nummer 2 b sind Kriterien für die

Einhaltung der in den Rechtsvorschriften festgelegten Anforderungen aufzustellen und auf einer Webseite öffentlich zugänglich zu machen. Nach Nummer 3 der Empfehlung (EU) 2016/336 sind bei der Risikoanalyse folgende Parameter zu überprüfen:

- a. bereitgestelltes Beschäftigungsmaterial,
- b. Sauberkeit,
- c. angemessene Temperatur und Luftqualität,
- d. Gesundheitszustand,
- e. Wettbewerb um Futter und Raum,
- f. Ernährung.

Diese Risikoanalyse soll zur Optimierung der Haltungsanforderungen führen und damit in der Zukunft einen Kupierverzicht ermöglichen.

Die Konferenz der Agrarminister des Bundes und der Länder (AMK) hat sich im September 2018 mit dem grundsätzlichen Kupierverbot beim Schwein und einem von der Europäischen Kommission angemahnten Aktionsplan befasst. Im Ergebnis hat sie den beigefügten Aktionsplan (siehe Anlagen 5 - 7) beschlossen, er betrifft alle Schweinehaltungen mit schwanzkupierten Tieren.

Dieser Aktionsplan zielt auf einen schrittweisen Kupierverzicht. Dementsprechend haben Betriebe mit Schwanz-/Ohrverletzungen betriebsindividuelle Optimierungsmaßnahmen zu ergreifen, bis weniger als zwei Prozent Schwanz- und Ohrverletzungen im Jahresdurchschnitt auftreten. Betrieben unter diesem Schwellenwert an Schwanzbeißproblemen wird die Möglichkeit gegeben - anstatt eines sofortigen Kupierverbots - zunächst nur bei einer kleinen Gruppe von Tieren auf das Kupieren zu verzichten (sogenannte „Kontrollgruppe“, vgl. Anlage 5 Option 2).

Der Aktionsplan verpflichtet im Rahmen der zu erstellenden Risikobewertung den Tierhalter (Ferkelerzeuger, Aufzüchter und/oder Mäster), der die Schwänze von Ferkeln kupiert oder kupierte Tiere einstellt, zur Darlegung der Unerlässlichkeit des Eingriffs folgende Nachweise zu erbringen:

- **Dokumentation tatsächlich entstandener Schwanz-/Ohrverletzungen;**
- **Durchführung einer Risikobewertung, um die betriebsindividuellen Risikofaktoren für Schwanzbeißen zu identifizieren. Die Risikobewertung muss mindestens die in der Empfehlung (EU) 2016/336 unter Nummer 3 aufgeführten Parameter umfassen und**
- **Einleitung auf der Risikobewertung basierender geeigneter Optimierungsmaßnahmen in der Tierhaltung, um das Schwanzbeißrisiko zu reduzieren.**

Da der Mäster / Aufzüchter mit seinen Haltungsbedingungen die Ursache für die Notwendigkeit des Kupierens setzt, muss insbesondere er — und nicht nur der Ferkelerzeuger — diese Nachweise führen.

Den Tierhaltern stehen zur Führung des Nachweises die im Zuge des Aktionsplans erstellten Dokumente bzw. Vorlagen zur Verfügung (siehe Anlagen 1 bis 3).

Da die **Checkliste** des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) zur Vermeidung von Verhaltensstörungen (Schwanzbeißen) bereits erprobt ist, ist in Brandenburg diese Checkliste in ihrer jeweils aktuellen Form zum Nachweis der Unerlässlichkeit des Eingriffs zu nutzen (Anlage 3).

Der Nachweis der Unerlässlichkeit des Eingriffes gilt als erbracht, wenn in den letzten zwölf Monaten der Schwellenwert von zwei Prozent der Tiere mit Schwanz- /Ohrverletzungen überschritten wurde, eine Risikoanalyse in Hinblick auf Schwanzbeißen durchgeführt wurde und potentiell geeignete Optimierungsmaßnahmen eingeleitet wurden. Entsprechend des Aktionsplans gilt die Unerlässlichkeit des Eingriffs als nachgewiesen, wenn der Tierhalter von kupierten Schweinen ab dem 01.07.2019 eine Tierhaltererklärung in Form der Anlage 1 vorhält.

Liegen die Schwanz-/Ohrverletzungen eines Betriebs unter dem Schwellenwert, bezieht er aber kupierte Schweine aus einem Betrieb, für den das Kupieren unerlässlich ist, so ist für diese Tiere die Tierhaltererklärung des Herkunftsbetriebes auch aus EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten vorzulegen. Selbiges gilt, wenn ein Ferkelerzeugerbetrieb ohne Erreichen des Schwellenwerts für einen nachgelagerten Betrieb mit Kannibalismusproblemen die Ferkel kupiert. Als Nachweis der Unerlässlichkeit des Eingriffs ist die Tierhaltererklärung des Nachfolgebetriebes in Kopie vorzulegen. Dies gilt auch, wenn sich die Betriebe in einem anderen EU-Mitgliedsstaat oder Drittstaat befinden. Die Tierhaltererklärung ist jeweils ab Unterschriftsdatum des Tierhalters für ein Jahr gültig.

Treten in einem Betrieb nach zwei Jahren weiterhin bei über zwei Prozent der Tiere Schwanz-/Ohrverletzungen auf, sieht der Aktionsplan vor, dass ein schriftlicher Maßnahmenplan zur Risikominimierung erstellt und der zuständigen Behörde zugeleitet wird.

Der Aktionsplan wird entsprechend dem Beschluss der AMK nach zwei Jahren unter Federführung des Bundes und Beteiligung der Länder, Forschungseinrichtungen und Vertreter der Landwirtschaftsverbände einer Evaluierung unterzogen.

## 2. Hinweise zum Vollzug des Aktionsplans

Ab 01.07.2019 ist bei tierschutzrechtlichen Kontrollen in Schweinehaltungen mit kupierten Schweinen das Vorliegen einer gültigen Tierhaltererklärung zu überprüfen.

fen. Die schweinehaltenden Betriebe, die vorerst aufgrund der Unerlässlichkeit des Eingriffs beim Vorliegen von Schwanz- und Ohrverletzungen nicht in den Kupierverzicht einsteigen können, müssen den Nachweis der Unerlässlichkeit bereits jetzt glaubhaft darlegen. Dies hat durch das Anfordern der Tierhaltererklärung incl. der weiteren notwendigen Nachweise durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter (VLÜÄ) zu erfolgen. Die Tierhaltererklärung aller betroffenen Schweinehalter muss den VLÜÄ bis zum 1. Oktober 2019 vorliegen.

Eine vollständige Überprüfung, ob der Eingriff des Kupierens unerlässlich ist, kann nur in Verbindung mit einer Vor-Ort-Kontrolle und ggf. einer Überprüfung der Tierhalterklärungen aus vor- bzw. nachgelagerten Betrieben erfolgen. Basierend auf den eingegangenen Nachweisen der Unerlässlichkeit sind demnach risikoorientierte (Schwerpunkt-)Kontrollen zu planen und durchzuführen. Es ist eine systematische Überprüfung und Bewertung des Managements und der geplanten und bereits durchgeführten Optimierungsmaßnahmen des Tierhalters vorzunehmen.

Bei Tierschutzkontrollen ist daher neben den der Tierhaltererklärung zugrundeliegenden Dokumentationen zu prüfen, ob Verletzungen an Ohren und Schwänzen vorliegen und der Situation entsprechend ausreichend geeignetes Beschäftigungsmaterial vorliegt. Insbesondere ist weiterhin zu prüfen, ob die in die Checkliste des LfULG zur Vermeidung von Verhaltensstörungen (Schwanzbeißen) eingetragenen Daten und/oder anderen Informationen zum Nachweis der Unerlässlichkeit des Eingriffs plausibel sind. Außerdem ist die Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen zu überprüfen.

Anhand der Dokumentation des Betriebes und anhand der Verhältnisse im Stall muss erkennbar sein, welche Maßnahmen der Tierhalter getroffen hat, um das Risiko in seinem Betrieb zu verringern, dass Schwänze kupiert werden müssen. Bei der Kontrolle ist zu bewerten, ob die getroffenen Maßnahmen ausreichen oder ob ein ordnungsbehördliches Eingreifen nach § 16a TierSchG erforderlich ist und Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen nach § 2 TierSchG anzuordnen sind.

Die Kontrollschwerpunkte sind auf die Bereiche

- Stallklima,
- Gesundheitszustand,
- Futter- und Wasserversorgung,
- Besatzdichte,
- Strukturierung und Sauberkeit der Buchten,
- Ausgestaltung von Kranknbuchten und
- Fürsorge für verletzte und erkrankte Schweine

zu legen.

Die Erhebung und Dokumentation von Schwanz-/Ohrverletzungen (deutlich sichtbare Wunde, Kruste oder Verletzungen nach KTBL-Leitfaden Tierschutzindikatoren, KTBL 2016) muss mindestens einmal alle sechs Monate erfolgen. Auch Schlachthofbefunde können hierzu herangezogen werden.

Zur Vereinheitlichung und Erleichterung des Ablaufs wird festgelegt, dass die Erhebung für die Risikobewertung (Checkliste) wie folgt durchgeführt werden muss:

- Erfassung kontinuierlich im gesamten Bestand bei der Ein-, Aus- und Umstallung und Auswertung alle sechs Monate — siehe Erläuterungen zur Risikobewertung in Anlage 7 auf Seite 11, zu Nr. 1 .1 Erhebung im Bestand, Satz 2. Daher sind in dem Formular „Erhebung von Schwanz-/Ohrverletzungen“ (Anlage 2) alle Tiere des Bestands pro Produktionsstufe einzutragen.
- Die Risikoanalyse und Risikobewertung ist mindestens einmal pro Jahr in allen Produktionsstufen und in allen baulichen Einheiten/ Aufstallungssystemen und immer anlassbezogen beim Auftreten von Schwanzbeißen oder Ohrbrandnekrosen in den betroffenen baulichen Einheiten durchzuführen. Hierzu ist die Checkliste des LfULG zur Vermeidung von Schwanzbeißen verbindlich, da sie konkrete Verbesserungsmaßnahmen vorschlägt. Wenn die Risikoanalyse aus triftigen Gründen nicht in allen baulichen Einheiten durchgeführt wurde, sind jedoch die Ergebnisse aus der Risikobewertung im gesamten Betrieb umzusetzen.

Es müssen aufgrund dieser Bewertung **schrittweise Verbesserungen** erfolgen und erkennbar sein.

Wenn ein Betrieb, der nach Anlage 5 die Option 1 gewählt hat, d. h. vorerst weiterhin kupiert bzw. kupierte Tiere einstellt und keine Risikobewertung zur Darlegung der Unerlässlichkeit des Eingriffs durchgeführt wird, muss das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt gemäß § 16 a Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 in Verbindung mit §§ 2 Nr. 1, 6 Nr. 5 und 11 Abs. 8 TierSchG die Durchführung einer Risikobewertung zur Darlegung der Unerlässlichkeit des Eingriffs anordnen. Insbesondere sollen auch eine Beratung, zum Beispiel durch den Tierschutzberatungsdienst Schwein, oder zur Verhütung künftiger Verstöße konkrete Verbesserungsmaßnahmen an Hand der Checkliste des LfULG angeordnet werden. Ein Verstoß gegen diese bestandskräftige Anordnung ist als Ordnungswidrigkeit nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 a TierSchG zu ahnden.

Wer keinen jederzeitigen Zugang zu Beschäftigungsmaterial gewährt, handelt zudem nach § 44 Abs. 1 Nr. 31 Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ordnungswidrig.

Kann die Unerlässlichkeit des Eingriffs nicht nachgewiesen werden, greift die Ausnahme vom Amputationsverbot nach § 6 Abs. 1 Satz 2 TierSchG nicht. Werden den Eingriff entgegen § 6 Abs. 1 Satz 1 trotzdem vornimmt, handelt gemäß § 18

Abs. 1 Nr. 8 TierSchG ordnungswidrig. Dies gilt auch für Ferkelerzeuger, die lediglich auf Veranlassung der abnehmenden Mäster kupieren, aber keine entsprechende Tierhaltererklärung von den belieferten Mästern vorlegen können.

Kann ein Tierhalter (Mäster) für kupierte Ferkel aus einem anderen EU-Mitgliedstaat den Nachweis nicht erbringen, dass das Kupieren unerlässlich ist, informiert die für den Betrieb zuständige Behörde nach § 16f TierSchG auf dem Dienstweg die für den Ferkelerzeuger zuständige Behörde darüber, dass der Nachweis für die Unerlässlichkeit des Eingriffs nicht erbracht werden kann.

**Betriebe, die** nach Anlage 5 der **Option 2** zuzuordnen sind, also in den Kupierverzicht einsteigen, da die Schwanz-/Ohrverletzungen in ihren Betrieben nicht den Schwellenwert erreichen, haben die Schwanz-/Ohrverletzungen in dieser Gruppe zu dokumentieren und anlassbezogen bei Auftreten von Schwanz-/Ohrverletzungen in dieser baulichen Einheit eine Risikoanalyse und Risikobewertung durchzuführen.

Aufgrund dieser Risikobewertung sind Verbesserungen im gesamten Betrieb durchzuführen. Diese Betriebe haben mindestens eine unkupierte Tiergruppe in Höhe von einem Prozent der Tierplätze, jedoch mindestens eine baulich abgrenzbare Tiergruppe zu halten und dies nachzuweisen, vgl. Ziffer 3 der Tierhalterklärung (Anlage 1). Alle unkupiert verbliebenen Ferkel müssen dauerhaft gekennzeichnet und dokumentiert werden, um diese plausibel von den anderen Tieren im Betrieb unterscheiden zu können.

Wenn der Schwellenwert im ersten Durchgang mit unkupierten Tieren nicht erreicht wurde, also insgesamt weniger als zwei Prozent Schwanz-/Ohrverletzungen aufgetreten sind, soll der Anteil der nicht kupierten Tiere beim nächsten Durchgang auf fünf Prozent der Tierplätze erhöht werden. Bei jedem weiteren Durchgang, bei dem keine relevanten Schwanz-/Ohrverletzungen aufgetreten sind, wird der Anteil der nicht kupierten Tiere um jeweils fünf Prozent der Tierplätze erhöht. Wenn relevante Verletzungen auftreten, sind diese zu dokumentieren und es ist eine anlassbezogene Risikobewertung durchzuführen, die Ursachen sind zu suchen und abzustellen. Wenn mehr als zwanzig Prozent der unkupierten Tiere von Verletzungen betroffen sind und die Ursachen nicht zweifelsfrei festzustellen sind, steht es dem Betrieb frei, den nächsten Durchgang mit einem geringeren Anteil unkupierter Ferkel zu beginnen. Dabei soll jeweils möglichst nur eine Steigerungskategorie (z. B. von zehn Prozent auf fünf Prozent oder von fünf Prozent auf ein Prozent bzw. mindestens eine baulich abgrenzbare Tiergruppe) zurückgegangen werden. Tritt auch in der kleinsten Kontrollgruppengröße Kannibalismusgeschehen auf, obwohl bereits alle aktuell machbaren Optimierungsmaßnahmen getroffen wurden, kann der Betrieb zunächst auf das Führen einer Kontrollgruppe verzichten, bis weitere Optimierungsmaßnahmen umgesetzt wurden bzw. ein Maßnahmenplan vorgelegt wurde (z.B. bauliche Veränderungen).

Treten in einem Betrieb nach zwei Jahren — also nach dem 01.07.2021 — weiterhin bei über zwei Prozent der Tiere Schwanz-/Ohrverletzungen auf, sieht der Aktionsplan vor, dass ein schriftlicher Maßnahmenplan zur Risikominimierung erstellt und der zuständigen Behörde zugeleitet wird. Eingehende Maßnahmenpläne zum Nachweis der anhaltenden Unerlässlichkeit sind durch die zuständige Behörde daraufhin innerhalb der nächsten 6 Monate vor Ort zu prüfen, ob ein ordnungsbehördliches Eingreifen nach § 16 a TierSchG erforderlich ist und Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG anzuordnen sind.

Dieser Erlass des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) wird inklusive der Anlagen auf die Internetplattform des MdJEV des Landes Brandenburg unter dem Link:

[https://mdjev.brandenburg.de/v/lbsvet/TEILD/D1\\_3\\_8.PDF](https://mdjev.brandenburg.de/v/lbsvet/TEILD/D1_3_8.PDF)

eingestellt.

Damit werden auch den Tierhaltern die Tierhaltererklärung, die Unterlagen zur Risikoanalyse und die Checkliste des LfULG zur Vermeidung von Verhaltensstörungen (Schwanzbeißen) zur Verfügung gestellt.

Im Auftrag

gez. Dr. Claudia Possardt

#### Anlagen:

Anlage 1: Tierhaltererklärung;

Anlage 2: Erhebung Schwanz-/Ohrenverletzungen;

Anlage 3: Checkliste des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) zur Vermeidung von Verhaltensstörungen (Schwanzbeißen);

Anlage 4: Empfehlung (EU) 2016/336

Anlage 5: Ablaufplan zum Aktionsplan;

Anlage 6: Aktionsplan zur Verbesserung der Kontrollen zur Verhütung von Schwanzbeißen und zur Reduzierung des Schwanzkupierens bei Schweinen DE (August 2018);

Anlage 7: Risikoanalyse Kupierverzicht zum Aktionsplan DE (August 2018)